

Westabteilung

Berlin, 19. März 1979

Zu den Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen in Westberlin am 18. März 1979

---

Am 18. März 1979 fanden in Westberlin die fälligen Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zu den 12 Bezirksverordnetenversammlungen statt. Diese Wahlen, bei denen die Bürger erstmalig – ähnlich wie in der BRD – 2 Stimmen abgaben (die erste für einen Direktkandidaten, die zweite für eine Parteienliste), brachten bei einer Wahlbeteiligung von 85,7 % (1975: 87,8 %) folgende Hauptergebnisse:

- Die bisher in einer Koalition mit der FDP den Senat tragende SPD erhielt 42,6 % der Stimmen. Prozentual erzielte sie damit denselben Anteil wie bei den Wahlen von 1975, aber verlor infolge geringer Wahlbeteiligung ca. 40 000 Stimmen. Ihr Wahlziel, wählerstärkste Partei zu werden, wurde nicht erreicht.
- Die FDP, die sich von vornherein für die Fortsetzung der Koalition mit der SPD ausgesprochen hatte, erreichte 8,1 % (1975: 7,1 %). Damit verfügen SPD und FDP zusammen über eine ausreichende parlamentarische Mehrheit für die erneute Bildung eines gemeinsamen Senats.
- Die CDU verbuchte mit einem Anteil von 44,4 % gegenüber 43,9 % im Jahre 1975 einen Stimmengewinn von rd. 35 000. Sie wurde erneut wählerstärkste Partei, aber erreichte ihr eigentliches Ziel – die Herbeiführung eines Regierungswechsels – nicht.
- Die von den systemtragenden Parteien und den kapitalistischen Massenmedien mit dem Ziel der Schwächung der SEW systematisch tolerierte und geförderte „Alternative Liste“, die sich erstmalig an Wahlen in Westberlin beteiligte, kam auf einen Anteil von 3,7 %, während der promaoistisch orientierte „KBW“ lediglich seine feste Anhängerschaft zu mobilisieren vermochte und 0,1 % erreichte.
- Die SEW erhielt trotz eines aktiven Wahlkampfes nur 1,1 % (13.723 Stimmen) und verlor damit gegenüber den Wahlen von 1975 0,7 %.

Das politische Hauptresultat der Wahlen in Westberlin besteht darin, daß die erklärte Absicht der CDU, den sozialdemokratisch geführten Senat abzulösen und selbst die Regierungsverantwortung zu übernehmen, verhindert wurde. Im einzelnen erklärt sich der Wahlausgang besonders aus folgenden Ursachen und Momenten:

- Die SPD vermochte ihren Stimmenanteil vor allem deshalb zu halten, weil es ihr auf dem Hintergrund einer leicht verbesserten wirtschaftlichen Situation in den zurückliegenden 2 Jahren unter dem neuen Regierenden Bürgermeister Stobbe gelungen ist, die unter dessen Vorgänger Schütz entstandene Unzufriedenheit der Bürger mit der Senatspolitik einzudämmen und ihre Stammwähler stärker zu mobilisieren. Der Senat widmete sich unter Stobbe mehr innerstädtischen Problemen und stellte sich im Wahlkampf unter Hinweis auf die positiven Ergebnisse des Vierseitigen Abkommens und der Vereinbarungen mit der DDR betont als „Garant für die Fortsetzung der Friedens- und Entspannungspolitik“ dar.

- Die FDP verbesserte ihre Position vorrangig deswegen, weil sie auf eine loyale Zusammenarbeit mit der SPD und zugleich auf ihre kritisch-selbständige Rolle im Senat verweisen konnte und damit ihre Grundthese „Die FDP ist das liberale Korrektiv in der Koalition mit der Sozialdemokratie“ glaubhaft machte. Der FDP ist es zudem offenkundig gelungen, einen Teil jener rechten Wähler zurückzugewinnen, die bei den vorigen Wahlen für den „Bund Freies Deutschland“ (BFD) stimmten, der sich diesmal nicht zur Wahl stellte.
- Die leichten Stimmengewinne der CDU resultieren besonders daraus, daß es dank der Nichtkandidatur des BFD diesmal keine Kraft rechts von ihr gab. Vor allem kam der CDU zugute, daß es ihr in der Endphase des Wahlkampfes gelang, ihren Spitzenkandidaten Weizsäcker populär zu machen und ihren Wählern die Möglichkeit eines „Machtwechsels“ real erscheinen zu lassen. Dabei war Weizsäcker bemüht, sich als liberaler und friedlicher Politiker hinzustellen, der „Politik auf der Basis der geschlossenen Verträge und Vereinbarungen“ zu machen versprach. Es ist auch nicht zu übersehen, daß die CDU die ungeteilte Unterstützung des die Westberliner Presse beherrschenden Springer-Konzerns genoß.
- Erstmals kandidierte bei den Wahlen die „Alternative Liste Demokratie und Umweltschutz“, die – ähnlich wie bunte und grüne Listen in der BRD – ein Sammelbecken von zahlreichen Bürgerinitiativen unterschiedlicher politischer Färbung, von Umweltschützern, von spontaneistischen Studentengruppen, von feministischen Zirkeln bis hin zu ultralinken und trotzkistischen Gruppierungen darstellt. Die „Alternative Liste“ hatte anfänglich große Schwierigkeiten bei der Formulierung ihrer Plattform und der Sammlung der Unterschriften für die Teilnahme an der Wahl, erhielt aber offene Unterstützung durch die Westberliner Behörden, um schließlich doch an der Wahl teilnehmen zu können. Das geschah offenkundig vor allem mit dem Ziel, die im Vorjahr besonders in der breiten Bewegung gegen die Berufsverbote sichtbar gewordene Solidarität größerer Bevölkerungsteile mit der SEW zu unterlaufen, die linken und demokratischen Kräfte zu spalten und von der SEW ansprechbare Wähler abzuziehen.

Der überraschend große Zulauf für die „Alternative Liste“ erklärt sich besonders daraus, daß sie demagogisch mit einer Reihe gleicher Forderungen wie die SEW auftrat, aber zugleich breiten Raum bot für antikommunistische Grundhaltungen sowie für spontaneistische und alle möglichen politisch unreifen Positionen. Damit konnte die „Alternative Liste“ vor allem Teile der lernenden und studierenden Jugend sowie Kräfte ansprechen, die eine allgemeine, politisch wenig profilierte Protesthaltung einnehmen, für die Umweltschutz eine Art Ersatzideologie ist und die – wie sozialogische Untersuchungen sowie die Erfahrungen der SEW aus dem Wahlkampf besagen – erfüllt sind von Mißtrauen gegen organisierte Formen des politischen Kampfes, gegen Parteien an sich und gegen geschlossene gesellschaftspolitische Programme. So wie in der BRD sind solche Stimmungen in jüngerer Zeit auch in Westberlin nicht zuletzt unter dem Einfluß der krisenhaften Entwicklung sowie der Politik der Einschüchterung und des politischen Drucks merklich angewachsen. Der Erfolg der „Alternativen Liste“ in Westberlin beweist ebenso wie der relativ hohe Stimmenanteil von grünen und bunten Listen bei Wahlen in Großstädten der BRD (Hamburg, Frankfurt am Main usw.), daß diese neuartigen Tendenzen am konzentriertesten in Großstädten mit einem starken Hochschulsektor zutage treten.

- Die SEW führte unbestreitbar mit einem richtigen Wahlprogramm einen wesentlich aktiveren Wahlkampf als bei früheren Wahlen. Sie konzentrierte sich dabei vorrangig auf Arbeiter und Gewerkschafter, auf Jugendliche und Frauen sowie Angehörige der technischen, wissenschaftlichen und künstlerischen Intelligenz und ist dabei nach

übereinstimmenden Informationen erstmalig mit breiteren Bevölkerungsschichten ins politische Gespräch gekommen.

Wenn sie dennoch ihren Stimmenanteil nicht halten konnte, dann liegt das vor allem an der Wirksamkeit der Demagogie der Initiatoren der „Alternativen Liste“, am tief verwurzelten Antikommunismus auch bei Menschen, die punktuell mit Forderungen der SEW übereinstimmen, sowie an der verbreiteten Sorge vieler Arbeiter und Gewerkschafter um den Fortbestand des sozialdemokratisch geführten Senats. Es ist unübersehbar, daß – ähnlich wie bei allen Wahlen in der BRD – vor allem sozialdemokratisch beeinflusste Wähler, die während des Wahlkampfes zum Gespräch mit den Kommunisten bereit waren, angesichts des erkennbaren Aufschwungs der CDU aus Sorge vor einer Regierungsübernahme der konservativen und rechten Kräfte am Wahltage der SPD ihre Stimme gaben. Während die „Alternative Liste“, die unter der Hauptlosung „keine Stimme für die SEW“ antrat, von CDU, FDP und SPD sowie den Massenmedien versteckt und offen toleriert und gefördert wurde, hat sich zudem der Druck auf die SEW im Verlaufe des Wahlkampfes beständig verstärkt.

Der Parteivorstand der SEW hat in einer Erklärung zum Ausgang der Wahlen, die in ihrer Grundlinie der realen Situation angemessen ist, mit Recht festgestellt, daß es für die Partei jetzt vor allem darauf ankommt, die im Wahlkampf geknüpften Beziehungen zu den Bürgern der Stadt weiter zu festigen und auszubauen und besonders die politische Arbeit unter der jungen Generation zu verstärken.

Es wird notwendig sein, die mit dem Funktionsantritt von Genossen Horst Schmitt eingeleitete Aktivierung der massenpolitischen Arbeit, die stärkere Hinwendung zur Jugend und die Verbesserung der Arbeit des Jugendverbandes sowie die Entwicklung der „Wahrheit“ zu einer populäreren Zeitung unbeirrbar fortzusetzen.